

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

25 (30.6.1948)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 25

Mannheim, 30. Juni 1948

Preis 15 Pfg.

Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen

Forderungen der Warschauer Außenministerkonferenz
Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung

(EB) Am vorigen Donnerstag fand die Warschauer Konferenz der Außenminister Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, Jugoslawiens, Albanien und der Sowjetunion mit der Herausgabe einer Erklärung ihren Abschluß, welche die Zustimmung jedes guten Deutschen finden wird, da auf dieser und nur auf dieser Basis eine für die deutschen Lebensinteressen befriedigende Regelung möglich ist, welche die Einheit unseres Vaterlandes wahr und dem deutschen Volk eine Entwicklungsmöglichkeit für die Zukunft gibt.

Die Außenministerkonferenz von Warschau bezeichnet nochmals die Abkommen von Jalta und Potsdam, welche die Alliierten gemeinsam getroffen haben, als die einzig mögliche Grundlage einer Deutschlandpolitik. Die Londoner Konferenz indessen, und die Pläne der Besatzungsmächte in den Westzonen verfolgen das Ziel, Deutschland wirtschaftlich und politisch zu zerstückeln und ein unabhängiges Deutschland auszuschalten. Die Politik der Beschlüsse der Londoner Konferenz führt zu schwersten Konsequenzen für die Völker Europas einschließlich des deutschen Volkes. London spaltet nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa.

Zur Ruhrfrage fordert die Konferenz der acht Außenminister die Ueberzeugung der Bergwerke und Schwerindustrie des Ruhrgebietes an das deutsche Volk und die Errichtung einer Kontrolle über Produktion und Verteilung der Erzeugnisse der Ruhrindustrie durch die vier Besatzungsmächte und zwar einschließlich Frankreichs und der Sowjetunion, die heute davon ausgeschlossen sind, so wie auch deutsche demokratische Organisationen keinerlei Einfluß darauf ausüben können. Nur auf diese Weise könne das Ruhrproblem im Interesse des Friedens und der Sicherheit der europäischen Nation gelöst werden.

Die Warschauer Erklärung der acht Außenminister fordert weiterhin die Schaffung eines Viermächteabkommens für eine provisorische demokratische gesamtdeutsche Regierung. Im Interesse des ganzen deutschen Volkes liegt diese Forderung schließlich ebenso wie die Bereitschaft zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Abzug der Besatzungstruppen aller Mächte ein Jahr nach Abschluß desselben.

Den Schiebern

Gott versah uns mit zwei Händen
Daß wir doppelt Gutes spenden,
Nicht um doppelt zugreifen
Und die Beute aufzuhäufen
In den großen Eichtentruhn,
Wie gewisse Leute tun —

Ihren Namen auszusprechen,
Dürfen wir uns nicht erfreuen —
Hängen würden wir sie gern,
Doch sie sind so große Herrn!

Philantropen, Ehrenmänner,
Manche sind auch unsre Gönner,
Und man macht aus deutschen Eichen
Keine Galgen für die Reichen.

Heinrich Heine

Otto Grotewohl, der Vorsitzende der SED, faßt wohl die Ansicht des deutschen Volkes zusammen, wenn er sagt: Wir begrüßen darum die Erklärung der Außenministerkonferenz von Warschau, in der die Abkommen von Jalta und Potsdam als die Grundlage der Deutschlandpolitik bezeichnet werden.

Die deutsche Bevölkerung wird in aller Kürze feststellen können, wo diejenigen Mächte in der Welt sitzen, die bereit sind, die deutschen Lebens-

deutschen Volke eine Entwicklungsinteressen anzuerkennen und dem Möglichkeit für die Zukunft zu bieten. Wir werden sehen, ob die Westmächte bei einem gemeinsamen Abkommen mit der Sowjetunion bereit sind zum Abschluß eines Friedensvertrages oder ob sie entschlossen sind, ihre Zerreißungs- und Kolonisierungspolitik in Deutschland fortzuführen. Das deutsche Volk wird dabei erkennen lernen, auf welcher Seite seine wirklichen Freunde sitzen.

Eine Währung für das Volk

Währungsreform in der sowjetischen Zone / Vermögen der Schieber, Kriegsverbrecher und Spekulanten werden konfisziert

(EB) In einem Artikel im „Neuen Deutschland“ schreibt Heinrich Rau, Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission über die Währungsmaßnahmen in der Ostzone:

„Da die separate Geldreform in der Westzone alle Hoffnungen auf ein einheitliches, dem Gesamtinteresse unseres Volkes rechnungstragende Regelung des Geldwesens zunichte machte, war die Deutsche Wirtschaftskommission gezwungen die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu treffen, um jeden schädlichen Einfluß des vertrags- und volkrechtswidrigen Vorgehens in den Westzonen auf die sowjetische Besatzungszone — und auch Berlin — auszuschließen.“

Ein Blick auf die verschiedene Art der Umwertung der Sparkonten zeigt sofort den grundlegenden Unterschied zwischen der Währungsreform in den Westzonen und den Währungsmaßnahmen in der Ostzone. Während bei uns ein kleiner Mann, der 600,— Mk. auf dem Sparkonto hat, keinen roten Heller behält, da dieser Betrag schon von vornherein für die ausbezahlte Kopfquote eingezogen wird, erfolgt in der Ostzone die Umrechnung in die neue Währung auf Grund einer Staffelung die den wirtschaftlich Schwachen bevorzugt.

Wer auf seinem Sparkonto 100,— Mk. hat, behält 100,— Mk.

Wer 200,— Mk. hat, behält 120,— Mk., das ist 60 Prozent.

Wer 300,— Mk. hat, behält 140,— Mk.

Wer 500,— Mk. hat, behält 180,— Mk.

Auf diese Beträge wird, im Gegensatz zu Westdeutschland, die Kopfquote von 70,— Mk. nicht angerechnet. Auch die Inhaber von alten Sparkonten werden berücksichtigt.

Von besonderer Bedeutung ist, daß in der sowjetischen Zone die Gelder der volksgenigen Betriebe, der kommunalen Betriebe und die Haushaltsgelder der staatlichen Verwaltung keiner Abwertung unterliegen. Den Gewerbetreibenden, welche bei uns eine Uebergangshilfe von 60,— DM für je einen Beschäftigten erhalten, welche indessen auf die späteren Ansprüche aus dem Umtausch der Altgeldgut haben angerechnet werden, wird in der Ostzone ein Betrag in Höhe des wöchentlichen Umsatzes und Lohnrückstandes im Verhältnis 1:1 umgetauscht.

Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten werden in voller Höhe gesichert, die Preise für Waren und Dienstleistungen aller Art bleiben unverändert.

Die sowjetische Zone ist bei der Durchführung der Währungsmaßnahmen etwas in Verzug geraten, da sie keinerlei Vorbereitungen für irgendwelche separate Maßnahmen getroffen hatte. Deswegen, und darin liegt gerade ein Stück Beweis, gibt es dort auch noch keine neuen Geldscheine, sondern nur Notbehelfe. Bei uns liegen die gedruckten Dollar-Markscheine schon über ½ Jahr auf Lager, ein Beweis, daß man es von vornherein auf eine Separatlösung abgesehen hatte.

In der Ostzone richtet man sich wie bisher so auch weiterhin nach dem Grundsatz, den Prof. Kastner (CDU) der stellvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission kürzlich verkündete: „Alle Schritte die wir tun, müssen so getan werden, daß sie für Gesamtdeutschland Gültigkeit haben.“ Weil dem so ist, können wir und mit uns alle anständigen und fortschrittlichen Deutschen mit vollem Herzen das unterschreiben, was Heinrich Rau in seinem oben erwähnten Artikel über die Währungsreform in der Ostzone sagt: „Ihr tiefer und sozialer Inhalt wird alle in der Wirtschaft tätigen beflügeln durch gemeinsames Wirken die Idee der Demokratie in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben zu stärken. Für diese Idee aber gibt es keine Zonengrenzen, sie wird schließlich über allen Schranken und Schwierigkeiten des Augenblicks hinweg in einem einheitlichen, freien, demokratischen Deutschland aufstehen und Berlin wird die Hauptstadt dieses Deutschland sein!“

Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes

Bange Frage: „Wer wird entlassen?“ / Mitbestimmungsrecht und Einheit der Werktätigen meistert die Lage

Ein Gespenst geht um in Fabriken und Kontoren, das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Alle Werktätigen, die in den vergangenen drei Jahren verantwortungsbewußte Arbeit im Glauben und im Interesse einer neuen friedlichen Wirtschaft geleistet haben, die dabei hungerten und mit wertlosem Papiergeld abgespeist wurden, während sich in derselben Zeit die Besitzer von Sachwerten und -gütern bereicherten, allen diesen Menschen droht nun wieder die Geißel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Arbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften erklären kategorisch: Achtung! Betriebsräte, duldet keine Entlassungen. Noch sagt das Arbeitsamt: Entlassungen dürfen vorerst nicht vorgenommen werden. Doch die 3. Verordnung zur Währungsreform setzt bereits die bisherigen Schutzbestimmungen außer Kraft und bietet die gesetzlichen Handhaben zu Massenkündigungen und Massenarbeitslosigkeit.

Es wird die Kehrseite der so „sehnlichst“ erwarteten Währungsreform sein: Die Reichen noch reicher, die Armen ganz arm zu machen. Diese Armut trifft alle, welche nichts anderes ihr eigen nennen als ihre Arbeitskraft, alle, deren Leben und das ihrer Familien abhängt von Lohn und Gehalt, welche sie für diese Arbeitskraft erhalten.

Trotz größten Mangels aller lebenswichtigen Güter, trotz Wohnungsnot und bittersten Elends wird ein großer Teil der Wirtschaft deshalb nicht mehr „funktionieren“, weil er nach kapitalistischen Gesichtspunkten entweder nicht rentabel genug oder aber nach ausländischem Standpunkt zu konkurrenzfähig sein wird. Der Marshallplan wirft seinen Schatten. Sollte er uns nicht Arbeit und Brot bringen? Sollte die neue Währung nicht geordnete Verhältnisse schaffen? Beides wird nicht sein.

(Fortsetzung auf Seite 2)

D-Mark
„made in USA“

Deutsche Mark

4,000 5 MARK 4,000

B30976001A — B30980000A

Fig. No. 7745 Packed in Can No.
Cut by Assembled by Group 6
Printed by Group 6 in 11-6 1947

Bereits im Herbst 1947 wurde die D-Mark, die schon rein äußerlich verdammte Ähnlichkeit mit einem Dollarschein aufweist, und die man daher statt Deutsche Mark besser Dollar-Mark nennen sollte, in USA gedruckt, gebündelt und verpackt. Das obige Bild, das wir der Hamburger Volkszeitung entnehmen, und das den genauen Aufdruck an dem Geldkarton einer Hamburger Bank zeigt, liefert den dokumentarischen Nachweis dafür. Wer erinnert sich bei dieser Gelegenheit nicht an die offiziellen und inoffiziellen Dementis unserer Meldung von der Ankunft der neugedruckten Dollarmark in Bremen? Wer erinnert sich nicht, daß General Mc. Naney, der damalige Oberbefehlshaber in Deutschland, neben anderen Persönlichkeiten mehrfach die Erklärung abgab, daß kein Versuch unternommen werde, um das Währungsproblem in der britischen und amerikanischen Zone gesondert von den übrigen Zonen zu lösen, da dies eine Frage sei, die ganz Deutschland betreffe? Vor Tische las man's eben anders.

3 Beispiele zur Währungsreform

Um die Auswirkung der östlichen und westlichen Währungsreform zu verdeutlichen, hat die Zeitung „Neues Deutschland“ drei Beispiele zusammengestellt:

Ein Lediger mit einem Bargeldbesitz von RM 100,— und einem Sparkonto von RM 200,— erhält nach den geltenden Bestimmungen im Westen DM 60,—, im Osten RM 193,—.

Eine 5köpfige Familie mit einem Bargeldbesitz von RM 500,— und einem Sparkonto von RM 300,— erhält im Westen DM 300,—, im Osten RM 505,—.

Eine 3köpfige Familie mit einem Bargeldbesitz von RM 1000,— und einem Sparkonto von RM 2000,— erhält im Westen DM 180,—, im Osten RM 669,—.

Die Kommunistische Partei fordert

- Keine Rückzahlung des Kopfgeldes!
- Keine Entlassungen!
- Keine Preiserhöhungen!
- Lohnerhöhung um 30 Prozent!
- Aufbesserung der Sozialrenten um 30 Prozent!
- Umtausch der Sparguthaben bis 10 000,— Mark im Verhältnis 1:1!
- Uebnahme der am 1. Juli fälligen Wohnungsmieten durch den Staat!

Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes

(Fortsetzung von Seite 1)

Das so sehr umstrittene Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, auf einmal interessiert es die Unternehmer, die bisher alles getan haben, seine Verwirklichung zu verhindern und hinauszuzögern. Auf einmal brauchen sie die „Mitwirkung“, die Mithilfe der Betriebsräte. Denn jetzt sollen die durch das Vertrauen der Kollegen gewählten Betriebsräte sich bereit finden, den Büttel für die Unternehmer zu machen, zum Herausfinden all derer, die der Unternehmer zu entlassen sich selbst nicht getraut.

Kein aufrechter Arbeiter gibt sich zu einer solchen schändlichen Handlung her! Kein verantwortungsbewußter Betriebsrat, kein Gewerkschaftler gibt seine Zustimmung zu solchem Tun! Unumgängliche Maßnahmen dürfen nur getroffen werden mit Mitteln, die der gewerkschaftlichen Einheit und Geschlossenheit entsprechen. Uebergangszeiten erfordern unter Umständen Lösungen, die in der Verkürzung der Arbeitszeit für den gesamten Betrieb bei vollen Lohnausgleich zu finden sind. Am Rande sich ansammelnde Arbeitslose müssen Arbeitsplätze erhalten durch Sofortmaßnahmen der Länder und Gemeinden bei vollem Tariflohn.

Keinesfalls darf die Sorge um seinen eigenen Arbeitsplatz den Werktätigen dazu verführen, seine Zustimmung zu geben zur Entlassung dieser oder jener Schichten oder Gruppen von Arbeitern und Angestellten. Auf die bange Frage vieler Werktätigen „Wer wird entlassen?“ gibt es nur eine entschlossene Antwort: „Niemand darf entlassen werden!“ Nicht in einer immer weiteren Aufspaltung des werktätigen Volkes, sondern nur in der unterschiedenen Anwendung des Mitbestimmungsrechtes liegt die Möglichkeit, in dieser Notzeit zu bestehen. Nur wenn die Werktätigen im Geist der Einheit denken und handeln werden sie den Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes erfolgreich bestehen. -xy-

Ueberangebot auf dem Mannheimer Arbeitsmarkt

Zahlreiche Arbeitskräfte aus dem Odenwald suchen jetzt in Mannheim Arbeit, erklärte uns ein Beamter des Arbeitsamtes. Die Ortsbürgermeister schicken ihre Arbeitsuchenden jetzt nach Mannheim. Aber das Arbeitsamt muß sie alle zurückweisen, weil es nicht möglich ist, die Arbeitsuchenden aus Mannheim und Umgebung unterzubringen. Dabei sind bisher noch keine größeren Entlassungen aus den Betrieben erfolgt.

Gewerkschaften sind gegen Entlassungen

Die Gewerkschaften lehnen Stilllegungen und Arbeitsentlassungen ab, erklärte Kollege Schweizer, der Vorsitzende des Mannheimer Gewerkschaftsbundes. Auch dann, wenn das Arbeitsamt einer Entlassung zustimmen sollte, ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten die Lage im Betrieb eingehend zu prüfen und von Fall zu Fall zu entscheiden. Vereinbarungen über die Einführung verkürzter Arbeitszeit sollen von den Betriebsräten nur in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften getroffen werden. Die Gewerkschaften erwarten eine baldige gesetzliche Regelung betr. der Stilllegung und der Entlassungen. Wo Notstandsarbeiten durchgeführt werden, verlangen die Gewerkschaften unter allen Umständen Bezahlung nach den für diese Arbeit geltenden tariflichen Sätzen.

Kollege Schreck, 2. Vorsitzender des ADGB, verwies auf die Erklärung der Mannheimer Gewerkschaften nach der Währungsreform, wonach alle arbeitsrechtlichen Verhältnisse in bisherigem Umfang weiter zu bestehen haben. Am 3. Juli wird der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden zur Laue Stellung nehmen und Richtlinien ausarbeiten. Kollege Schreck vertritt die Meinung, daß die Betriebsräte keinen Maßnahmen der Unternehmer zustimmen dürften, ohne vollen Einblick in die Geschäftsführung zu erhalten und ohne daß das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte durch gültige betriebliche Vereinbarungen festgelegt wird. Die Arbeiter und Angestellten sollten sich nicht allzuviel auf gesetzliche Regelungen, sondern auf die eigene Kraft im Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes verlassen.

Westdeutsche Steuerreform begünstigt Schwerverdiener

Trotz nomineller Steuersenkung Verschlechterung der Lage der Werkstätigen / Direkte und indirekte Massensteuern / Konzernherren vermehren ihr Kapital

(EB) „Die im Zuge der Währungsreform verkündete Steuerreform bezweckt die Wiederherstellung der Kapitalkraft des westdeutschen Monopols und Finanzkapitals,“ so erklärte Max Reimann, der erste Vorsitzende der KPD. Und bereits in der Begründung zu den neuen Steuergesetzen wird zugegeben, daß ihr Hauptzweck „die Förderung der Kapitalbildung für den Aufbau der deutschen Wirtschaft ist.“

Das Steuerreformgesetz, das die bisher gültige Steuergesetzgebung des Kontrollrats aufhebt, ist im Gegensatz zur Währungsreform im wesentlichen eine deutsche Arbeit.

Die Steuergesetze des Kontrollrats waren hart, doch war mit ihnen die Absicht der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse verbunden und sie sahen die Blockierung der Bankkonten der Kriegsgewinnler und Kriegsverbrecher, die Annullierung aller Hitlerschulden (Reichsanleihen etc.) und die wirkliche Einhaltung des Preisstopps vor, wengleich sie auch im Westen bewußt sabotiert wurden.

Die Steuergesetze des Kontrollrats wiesen immerhin in der Tendenz die Linie auf, die Schwerverdiener relativ am stärksten zu belasten.

Die neuen Separat-Steuergesetze in den Westzonen wurden erlassen in Verbindung mit einer unsozialen, separaten Steuerreform, der Aufhebung der Bewirtschaftung wichtiger Waren und bedeutender Preiserhöhungen bei gleichzeitig ungenügenden Löhnen.

Die neuen Separat-Steuergesetze in den Westzonen zeigen die Tendenz, die Schwerverdiener relativ steuerlich zu begünstigen.

Die Separat-Steuerreform in Westdeutschland gibt den Unternehmern und Konzernherren die Möglichkeit verschiedenartigster Manipulationen. So brauchen Gewinne nicht versteuert werden, wenn sie zur Erweiterung der Kapitalanlagen benutzt werden. Und das Gesetz besagt: „Eine Trennung zwischen Betriebs- und Privatvermögen findet nicht statt,“ kann der Unternehmer sein Privatvermögen wie auch nicht entnommene Gewinne (Dividenden) im großen Ausmaße der Besteuerung entziehen.

Während die neuen Separat-Steuergesetze in den Westzonen die Unternehmer und Kapitalisten ganz offen begünstigen, zeigt sich ihr unsozialer Charakter in einer gleichzeitigen grundsätzlichen Benachteiligung der Arbeiterschaft und aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

Unglaublicherweise hält die Gruppeneinteilung der Steuertabelle an der durch die Nazis geschaffenen ungerechten starken steuerlichen Belastung der unverheirateten Bevölkerungsteile, insbesondere bei den niederen Einkommen, fest. Diese schreiende Ungerechtigkeit, welche die Nazis zur psychologischen Verankerung ihrer aggressiv-imperialistischen Raubpolitik für unerlässlich hielten, entbehrt insbesondere heute, da hundertausende berufstätiger und alleinstehender Frauen auch in der Zukunft genötigt sein werden, ihr Brot zu verdienen, ohne die Aussicht auf materielle Sicherstellung durch Eingehen einer Ehe, jeglicher Grundlage. Oder hat man vielleicht die Absicht, bereits wieder „Volk ohne Raum“ zu spielen?

Die „Statistischen Monatshefte für Württemberg-Baden“ wie auch die Gewerkschaften haben Berechnungen veröffentlicht, wonach die Lebenshaltungskosten zur Zeit nur mit 60 Prozent aus dem Arbeitseinkommen bestritten werden können, d. h., daß die Reallöhne um 40 Prozent gesunken sind. Das Ermächtigungsgesetz für den Verwaltungsratsdiktator Dr. Pfinder kündigt neue Preiserhöhungen und damit ein weiterhin sinkendes Realeinkommen an. Trotzdem geht das neue Steuergesetz der Westzonen bei der Berechnung der Einkommen- und Lohnsteuern vom starren Nominaleinkommen aus.

Was dies bedeutet, mögen zwei Beispiele zeigen. Ein Steuerpflichtiger Gruppe III (verheiratet mit 1 Kind) bezieht einen Monatsgehalt von 360,— DM, worauf er 5,6 Prozent Einkommensteuer bezahlt. Sein Reallohn ist indessen um 40 Prozent geringer, d. h. nur 216,— DM, auf der eigentlich laut Tabelle 2,7 Prozent Einkommensteuer zu zahlen sind. Da ihm in Wirklichkeit aber 5,6 Prozent einbehalten werden, so bedeutet dies bei einer Senkung des Realeinkommens um 60 Prozent eine Steigerung der Einkommensbesteuerung um 107 Prozent. Bei dem Beispiel eines Steuerpflichtigen der Gruppe I mit einem Nominaleinkommen von 170,— DM monatlich zahlt dieser 4,8 Prozent Lohnsteuer. Sein Realeinkommen beträgt indessen nur 102,— DM. Er müßte eigentlich steuerfrei sein. Je mehr also das Realeinkommen durch die Preiserhöhung sinkt, desto mehr steigt die steuerliche Belastung der werktätigen Schichten, deren Lebensinteresse die Sicherung des Reallohnes fordert.

Der unsoziale Charakter des Steuergesetzes kommt besonders in der Tatsache zum Ausdruck, daß das stärkste Steueraufkommen bei der Einkommensteuer bei den unteren und mittleren Steuergruppen anfällt. Dr. Odilo Binder schreibt hierüber (s. „Gegenwart“ vom 1. 6. 48): „Gerade in der Masse der mittleren Einkommen beträgt die deutsche Steuerbelastung das Doppelte und dreifache der englischen und das vier- bis sechsfache der amerikanischen.“

Besonders hart treffen die breiten Schichten des werktätigen Volkes die indirekten Steuern, welche im Zuge der Währungsreform auf lebenswichtige Gebrauchsgüter gelegt werden. Der schwarze Markt, den es angeblich nicht mehr geben soll, und der zweifelloh auch verschwinden muß, wenn wir geordneten und gesunden Zuständen entgegengehen sollen, hat neue Betätigungsmöglichkeiten. Denn zweifellos wird niemand ein Pfund Kaffee für 24,— DM kaufen, wenn er es auf dem schwarzen Markt für 10,— DM erhält, und die Zigarettenhändler werden wohl schwerlich ihre amerikanischen Zigaretten für 0,30 DM absetzen können, wenn sie auf dem schwarzen Markt nur 0,20 bis 0,25 DM kosten. Die überschaulichen Behörden werden zumindest in diesen beiden Fällen auf ihren gehorteten Warenbergen sitzen bleiben müssen, welche sie bis zur Währungsreform der Bevölkerung vorhalten haben.

Der Möglichkeit einer erhöhten Belastung der Werkstätigen ist Tür und Tor geöffnet dadurch, daß nach dem neuen Steuergesetz jedes Land seine eigenen zusätzlichen Steuern einführen kann. Die Wirtschaftszeitung „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, stellt in ihrer Nr. 26 und 27 vom 26. 6. 48 fest, daß die bisherige hohe Steuerbelastung allein damit gerechtfertigt worden sei, daß der Kaufkraftüberhang infolge des hohen Notenumlaufes abgeschöpft werden müsse. Da dieser Gesichtspunkt nun wegfällt, brauchen die alten Einnahmen nicht erreicht werden und es ist genau zu überprüfen, welchen Teil des Volkseinkommens der Staat für sich in Anspruch nehmen darf. Nach Mitteilung der „Frankfurter Rundschau“ betragen z. Z. die reinen Verwaltungsausgaben, ohne Besatzungskosten und ohne Aufwendungen für soziale Fürsorge etc. rund 40 Prozent der Ländererträge. Selbst wenn man durch Einsparung und Verminderung des bürokratischen Apparates eine Kürzung der Verwaltungsausgaben zu erzielen suchen würde, so führen die neuen Steuergesetze doch zu unvermeidlichen öffentlichen Defiziten, die man durch Beteiligung des Fiskus an neuen Preiserhöhungen und durch Kürzung der sozialen Ausgaben, die den Massen des Volkes zugute kommen sollten, wiederum der bis zum Weißbluten ausgesaugten Bevölkerung auferlegen will.

Den neuen Separat-Steuergesetzen, die einen weiteren Beitrag zur Spaltung Deutschlands darstellen, treten wir mit der Forderung nach progressiven Steuern entgegen, bei denen die Reichen in erster Linie herangezogen werden. Unterstützt die Separat-Steuerreform die Wiederherstellung des Großkapitals in den Westzonen, so kämpfen wir für die Sicherung und Erhöhung des Realeinkommens des werktätigen Volkes.

„Währungsreform für die Reichen“

Darüber sprechen in den öffentlichen Versammlungen der KPD:

- Schönau: am Freitag, 2. Juli, 20 Uhr. Lokal Turnhalle. Ref.: Ludwig Kober, Stadtrat.
Luzern: am Samstag, 3. Juli, 20 Uhr. Lokal Luzernerschule. Ref.: Karl Heck.
Neckarstadt-West: am Sonntag, 4. Juli, vorm. 10 Uhr. Lokal Astoria. Ref.: Annette Langendorf, Stadtrat und Mitglied des Bad.-Württ. Landtags.
Waldhof: Dienstag, 6. Juli, 20 Uhr. Lokal Gartenstadrestaurant. Ref.: Paul Schreck, Stadtrat u. Mitglied des Bad.-Württ. Landtags.

- Neckarstadt-Ost: am Donnerstag, 8. Juli, 19.30 Uhr. Lokal Wohlgeleschule. Ref.: Landesdirektor für Arbeit und Soziales Robert Klausmann.
Lindenhof: am Mittwoch, 14. Juli, 19.30 Uhr. Lokal Disterwegschule. Ref.: Annette Langendorf, Stadtrat und Mitglied des Bad.-Württ. Landtags.
Sonntag, 11. Juli, vorm. 10 Uhr. Lokal Rosengarten. Ref.: Arbeitsminister Rudolf Kohl.

Die Maske fiel!

Tage der „Enthortung“ — Tage der Demaskierung

Der 21. Juni 1948 wird in der Erinnerung des werktätigen deutschen Volkes für alle Zeiten mit schmerzhaft eingetragenen Letzern verzeichnet bleiben als der Tag der „Enthortung“, der Tag der Demaskierung, an dem sich die gierige, grausame Fratze des Kapitalismus brutal und schamlos offenbart hat. Da standen sie nun, die über Nacht von ihren mühsam ersparten Notgroschen — die Finanzleute nannten es „Geldüberhang“ — befreit worden waren, vor den ausgestatteten Schaufenstern und staunten nur so, was da nun alles über Nacht zu haben war. Diese Ware wurde nicht „erst nach Umdekoration“ verkauft, sie war sofort lieferbar, wenn man bereit war, die verlangten Inflationspreise in der funkelnagelneuen, vielbegehrten Deutschmark fremder Provenienz zu bezahlen. Die Umsiedler, die Ausgebombten, die Jungvermählten, die heimgekehrten Kriegsgefangenen, alle die seit Jahr und Tag zu dringend die zum Leben allernotwendigsten Geräte, Kleidungsstücke usw. trotz Bezugschein und allem Bitten und Betteln nicht erhalten konnten, für die nicht einmal eine Stecknadel, ein Schnürsenkel, Nähfaden zur Reparatur der zerfallenden Altkleidung aufzutreiben war — alle diese Normalverbraucher und Nichtselbstversorger standen plötzlich wie geblendet vor der Fülle des Angebots. Auf einmal war alles da! Man traute seinen Augen nicht — dann näm-

lich, wenn man näher hinsah und die Preise las. Da war mit einem Schlage die fata morgana verschwunden. Da erkannte der „Nichtselbstversorger“ plötzlich, daß alle diese schönen Dinge, die da plötzlich wie aus dem Nichts hervorgezaubert in den Läden erschienen sind, für ihn nach wie vor unerschaffbar bleiben werden, weil die Preise im Verhältnis zu dem Einkommen durch Lohn und Gehalt viel zu hoch sind. Die Kopfquote, die ja nur dazu dienen soll, den Produzenten für die erste Zeit den Absatz ihrer gehorteten und viel zu teuren Ware zu sichern, ist eine „einmalige Angelegenheit“ und wer sie jetzt durch „Kauf um jeden Preis“ vorzeitig und leichtfertig verausgabt, wird es bald bitter bereuen, wenn er später bei dem knappen Lohn und Gehalt oder gar als arbeitslos Gewordener nicht einmal den Heizvorrat für den Winter oder die Einkellerkartoffeln bezahlen kann. Zu dem „goldenen Schnitt“ der Währungsreform für die Reichen kommt noch die weitere Ausplünderung des werktätigen Volkes durch die Berechnung von Inflationspreisen in der neuen Dollar-Mark (= 3/10 Dollar) „made in USA“. Die Maske fiel — das schaffende Volk weiß genau, welche Personen und Parteien große Gewandtheit in der Kniebeuge entwickelten und sich beileiten, „okey“ zu sagen zur Errichtung der Konzerndemokratie des Westens. —fr—

Mannheimer Stadtrat nach der Währungsreform

Tarifvertrag für städtische Arbeiter und Angestellte / Immer noch keine Umsteigefahrkarten



(EB) Der Mannheimer Stadtrat nahm in seiner ersten Sitzung nach der Währungsreform den Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Cahn-Garnier über den Ablauf des Geldumtausches über den Ablauf des Geldumtausches in Mannheim entgegen. Er verließ im allgemeinen reibungslos, jedoch haben wir, wie viele Privatleute und Geschäftsleute die augenfällige Feststellung machen müssen, daß die Umwechslungsstellen der Sparkasse in keinf Weise ihrer Aufgabe gewachsen waren. Während bei den Banken alles flüssig vonstatten ging, stauten sich Hunderte von Menschen bis in die Abendstunden an den Sparkassen. Mag auch die Zahl der kleinen Konteninhaber bei der Sparkasse größer sein als bei den Banken, so scheint es uns doch angebracht, daß auch diese allmählich das bürokratische Amtstempo überwinden und etwas mehr Sinn für den Dienst am Kunden an den Tag legen.

Bürgermeister Trumppheller unterrichtete den Stadtrat von dem Abschluß eines zwischen den Gewerkschaften und dem Städtetag vereinbarten Tarifvertrages. Die 15prozentige Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter, welche dieser Tarifvertrag vorsieht, dürfte deren Forderungen wohl noch kaum Genüge tun. Wie wir hierzu erfahren, sind die städtischen Arbeiter entschlossen, für eine Erhöhung auf 30 Prozent zu kämpfen.

Eine 6prozentige Kürzung der Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten, welche noch auf eine Notverordnung Brünings, des Steigbügelhalters Hitlers zurückzuführen ist, wurde durch Stadtratsbeschluss aufgehoben. Es ist dies ein bemerkenswerter Akt der Selbstverwaltung der Gemeinden, und bezeichnenderweise rief er auch sofort den Fraktionsführer der CDU, Stadtrat Kuhn, auf den Plan, der als bewährter „Untertan“ bezweifelte, ob das die Stadt „von sich aus“ tun könne. Man müsse doch warten, bis eine Anweisung von oben komme. Vielleicht dachte Stadtrat Kuhn daran, daß es Brüning vorbehalten bleiben solle, seine eigene an der Schwelle der Hitler-Aera erlassene Notverordnung selbst wieder aufzuheben, um sich dadurch den Nimbus eines „Volksmannes“ zu verschaffen, dessen er bei seinen Plänen für die Präsidentschaft des westdeutschen Separat- und Kolonialstaates anscheinend bedarf. Sein Paladin Kuhn mußte sich indessen über die Möglichkeiten des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden belehren lassen.

Gegen die Entsendung von städtischen Beamten in die Aufsichtsräte der Baugenossenschaften war Einspruch erhoben worden. Ungeachtet dessen, wie dies bisher und auch

früher gehandhabt wurde, scheint es auch uns angebracht, daß die Vertretung der Interessen der Stadt in den städtisch beeinflussten Gesellschaften in Zukunft durch Wahlbeamte, d. h. durch den Oberbürgermeister und seine Vertreter, den Bürgermeistern und die Beigeordneten, erfolgt. Trotz der Erweiterung der eigentlichen Stadtverwaltung durch die inzwischen gewählten Beigeordneten, welche für die verschiedenen Ressorts verantwortlich zeichnen, treten bisher die Berufsbeamten auch in den Stadtratsitzungen noch viel zu sehr in Erscheinung. Es ist zu hoffen, daß die baldige Einarbeitung der Beigeordneten in ihre jeweiligen Aufgabengebiete die Anwesenheit von beamteten Fachleuten und Abteilungsleitern in den Stadtratsitzungen im allgemeinen überflüssig macht.

Wenn die Mannheimer die Bewilligung von Geldern für eine Obuslinie Feudenheim-Käfertal-Waldhof mit Befriedigung aufnehmen, so werden sie es schlechterdings nicht verstehen, daß dem nun zum dritten Mal wiederholten kommunistischen Antrag auf Einführung von Umsteigefahrkarten bei der Straßenbahn allerlei Bedenken entgegengehalten wurden. Frau Stadtrat Langendorf (KPD) begründete diesen Antrag insbesondere durch die infolge der Währungsreform veränderte Einkommenslage der Bevölkerung, die es dringend erforderlich macht, daß Mannheim nicht länger eine Aus-

nahme unter sämtlichen anderen deutschen Städten macht. Die Behauptung von Stadtrat Kuhn (CDU), man könne Stuttgart als Fremdenverkehrsstadt nicht mit der Arbeiterstadt Mannheim vergleichen, — ein Einwand, der auf die soziale Einstellung dieses Herrn und seiner Partei bezeichnende Schlaglichter wirft — wurde vom Publikum mit sichtlich Unruhe und Mißbilligung aufgenommen. Der Straßenausschuß, dem der kommunistische Antrag zur Bearbeitung überwiesen wurde, wird sich bemühen müssen, dem Stadtrat auf Grund dieses Antrages brauchbare Vorschläge zur Verbilligung der Tarife vorzulegen.

Gelegentlich der Bewilligung von Mitteln für die Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen in der Hildaschule brachte Stadtrat Kober (KPD) zur Sprache, daß trotz der Raumknappheit in den Schulen eine große Zahl von Schulräumen für schulfremde Zwecke, meist von Behörden und Privatfirmen belegt ist. Außer den zum Teil durch Privatfirmen belegten Gebäuden der Germaniaschule, Hildaschule, K-5-Schule, Luisenschule, Schillerschule, die zur Zeit für Schulzwecke ganz ausfallen, sind gegenwärtig in allen Mannheimer Schulhäusern insgesamt ca. 440 Schulräume an Firmen und Behörden vermietet, ein Sachverhalt, mit dem wir uns an anderer Stelle noch eingehender befassen werden.

Peter und Paul

Ein Zwiegespräch am Mannheimer Arbeitsamt

Der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim hatte noch rechtzeitig bekanntgegeben, daß dieser nicht gesetzliche Feiertag selbstverständlich kein Grund ist, daß in Mannheim gefeiert wird. Er hat also klar angewiesen, daß alle behördlichen Betriebe an diesem Tage arbeiten. Eine bedauerliche Ausnahme machte aber das Mannheimer Arbeitsamt, dessen Direktor Kuhn es nicht verknäufeln konnte, an diesem Tage die Türen geschlossen zu halten. Selbstverständlich sind auch an diesem 29. Juni aus dem ganzen Mannheimer Gebiet viele Personen zum Arbeitsamt gekommen, um dort ihre gewiß heute sehr brennenden Angelegenheiten zu regeln.

Ein Mann aus dem Volke machte seiner Stimmung dadurch Luft, daß er das Verhalten des Arbeitsamtes vor den vielen vergeblich eingangsuchten Personen deutlich zum Ausdruck brachte. Es wurde dargelegt, daß man wieder vergeblich gegen teures Fahrgeld in die Stadt gefahren ist und nun nichts erreichen konnte. Der Hausmeister des Arbeitsamtes machte sich zum Wortführer der CDU-Direktion

und erklärte, daß die „Herren Volksvertreter bestimmt hätten, daß heute nicht gearbeitet wird“. Es wurde ihm aber mit rechtskräftigen Argumenten erwidert, daß die Herren Volksvertreter doch andere Sorgen haben sollten, und mit Recht wurde bezweifelt, daß die Volksvertreter das angewiesen haben. Irgend eine CDU-Behörde in Stuttgart hat hier anscheinend mit Rücksicht auf ihre Schäflein die Anweisung der Betriebsruhe herausgegeben, ohne sich um die gegebenen örtlichen Verhältnisse in Mannheim zu kümmern.

Wir müssen verlangen, daß dieses behördliche Durcheinander endgültig aufhört und daß man dem Oberbürgermeister die Vollmacht gibt, auch Behörden, die von auswärts gesteuert werden, unter einen Hut zu bringen.

Es ist doch paradox, wenn man sehen muß, daß z. B. das Polizeipräsidium und die anderen städt. Behörden arbeiten und so ein paar Außenseiter, die doch von der Öffentlichkeit bezahlt werden müssen, feiern. -b-

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Meinungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

Der große Bluff!

Seit Dezember hört man immer wieder das allgemeine Losungswort, es ist keine Deckung vorhanden, wir können nichts ausbezahlen...

Das Besatzungskostenamt wühlt im Geld, es müssen Ueberstunden geschuftet werden, um das Geld noch vor der Währungsreform los zu werden. Eine Zumutung, die bei der Ernährungslage der Beamten und Angestellten allem Hohn spricht. Ein jeder klassenbewußte und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wird es ablehnen, sich durch Mehrarbeit an diesem Volksbetrug zu betätigen...

Hier können die Herren Betriebsräte, die vom Amerikaner bei den Deutschen so sehr vermifste Civilcourage, verstärkt durch Charakter und Klassenbewußtsein, in die Tat umsetzen. Aber allem setzt die Krone auf, daß man Ueberzahlungen nach der Währungsreform zurückfordern will... K. S., Mannheim

Wo ist die vielgepriesene wahre Demokratie? Lügenpartei wäre ein besserer Ausdruck. Nenne das ganze Theater, Betrug und das bewußt am armen Volk. Jahrelang rangen wir für Ersatz unserer Habe, bei dem Besatzungskostenamt. Immer wurden wir verfrödet. Jetzt nach der Währung wird uns um ein Drittel gekürzt, die Summe in altem Geld ausbezahlt. Was ich daraus noch erlange, langt nicht einmal für ein Bett, viel weniger für eine Wohnungseinrichtung, die ich verlor, und das durch schwarze Amerikaner. Ein feiner Betrug der Stadt Mannheim. Was erreichen sie damit? Hoffentlich nichts. Eines hoffe ich aber, daß der Arbeiter zu sich kommt und tut, was von einem ehrlichen Arbeiter zu erwarten ist.

Julius Jansen, Mhm.-Käfertal

Ein Wort an die Jugend

Denn ich bin der Ueberzeugung, daß jeder junge Deutsche das innere Empfinden besitzt, sein Vaterland, das Deutschland heißt, einheitlich zu erhalten und nicht in Kleinstaaterei aufspalten zu lassen.

Emil Elms, Karlsruhe/Jöhlingen.

Wie es alten Leuten geht...

Wie es alten Leuten gehen kann, dafür ein Beispiel. Ich bin 68 Jahre alt und beziehe 65,- DM Altersrente. Als Schwerarbeiter bekam ich bis 1945 81,70 Reichsmark Versorgungsrente.

Wie ich am 1. Juni meine Altersrente von 65,- RM holen wollte, wurde mir mitgeteilt, dieselbe ist gesperrt, weil ich 47,50 RM KB-Rente erhalte. Ist so was nicht der reine Hohn? Ich habe 50 Jahre gearbeitet, war nie arbeitslos und habe 48 Jahre Beiträge bezahlt.

Ernst Bastian, Heidelberg.

Muß das so sein?

Wenn die deutschen Arbeiter konsequent ihren Weg gehen würden, dann würde es keine Imperialisten und damit dann auch keine Ausbeuter mehr geben. Das Verhängnis der deutschen Arbeiter ist jedoch, daß sie den betörenden Sirenenklängen... lauschen... Und weil dem so ist, werdet ihr die Sklavenketten auch weiterhin tragen müssen.

Der Marshallplan gleicht einem süßen Brotaufstrich mit bitterem Nachgeschmack, der gut aussieht, sehr viel verspricht, aber nichts hält, ähnlich dem Zuckerrübensaft. Und dann hat der Marshallplan mit dem Zuckerrübensaft auch das eine gemeinsam, nämlich dies, daß er nur von den Ärmsten der Armen gefressen und dann verdaut werden muß. Karl Freund, Karlsruhe

Auf einmal ist alles da

an Haushalts- sowie an Lebensmitteln und sonstigen Waren. Aber die größte Unverschämtheit, welche ich bis jetzt feststellen konnte, hat sich der Metzgermeister Ernst in Kirchheim erlaubt. Nicht nur, daß er als großer Kriegsgewinnler bekannt ist, hat er am vergangenen Samstag bereits Wurstwaren an die Bevölkerung ohne Abgabe von Fleischmarken, und nicht so billig, verkauft. Wo sind eigentlich die Kontrolleure...? Letzten Endes hat doch nur der große Mann den Vorteil, da er über genügend Barmittel verfügt. O. Bühler, Rohrbach b. Heidelberg.

Nie wird vergehen, was sie uns gab!



Zum 15. Todestag Clara Zetkins, gestorben am 20. Juni 1933, veröffentlichen wir nachstehenden Abschnitt aus einer Broschüre Wilhelm Piecks über Leben und Kampf dieser großen Sozialistin.

Die deutsche Arbeiterbewegung, die ganze fortschrittliche Menschheit, hat mit dem Tode Clara Zetkins einen aufrechten Kämpfer, einen edlen Menschen verloren. Nie wird unter-

gehen, was sie durch ihr Leben und ihren Kampf der Menschheit gegeben hat. In unserem Kampfe für die Einheit Deutschlands, für seine Demokratisierung, für einen gerechten Friedensvertrag leben der Kämpfergeist Clara Zetkins und ihr unbändiger Wille für den nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unseres Volkes und für den Frieden und die Freundschaft mit allen Völkern, insbesondere mit den Völkern der Sowjetunion.

Clara Zetkin hat einmal die Frage, ob der Tod den Menschen auslöscht, an der Grabstätte ihrer ermordeten Kampfgefährten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit den Worten beantwortet:

„Eine historische Legende berichtet, daß in der Völkerschlacht auf den Katalanischen Feldern die Gegner sich mit solcher Erbitterung schlugen, daß ihre Seelen noch nach dem Tode den Kampf in der Luft fortsetzten.“

Unsere unvergeßlichen gefallenen Mitkämpfer setzen ihren Kampf nicht in der Luft fort, sondern in unserer Mitte, mit uns zusammen. Sie können nicht sterben; nie wird das sterben, was sie uns gegeben haben. All das ist in das Fleisch und Blut der zahllosen Proletariatsmassen übergegangen, hat sich in ihnen in Bewußtsein, Willen, Handlung umgesetzt...

Heute werden im Proletariat Deutschlands und der ganzen Welt Tausende von neuen Kämpfern geboren, die an Größe und Reinheit der Gesinnung, Charakterstärke und Pflichttreue, Kühnheit und Selbstaufopferung den getöteten Führern gleichkommen. Darum klagen wir nicht, kämpfen wir! Aufs neue erklingen die Drommeten, es gilt neuen Kampf!“

So wird auch das Werk Clara Zetkins im Kampf der Millionenmassen in den kapitalistischen Ländern und Kolonien um die Befreiung aus Not und Knechtschaft und um die Erhaltung des Friedens zwischen den Völkern fortleben. Ihnen allen wird das Lebenswerk Clara Zetkins ein großes, erhebbendes Beispiel sein, an dem sie sich immer wieder aufrichten, aus dem sie immer neue Kräfte schöpfen und das sie befähigen wird, den Weg zum Sozialismus, zum großen Ziel der Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Länder, allen Schwierigkeiten zum Trotz siegreich zu Ende zu gehen.

Besonders unserer Jugend, die vom Faschismus zwölf Jahre für einen falschen Heldenmythos zum Sterben erzogen wurde, rufen wir zu: Wollt ihr einen großen Menschen unseres Volkes kennenlernen, wollt ihr wissen, was wirkliches Menschentum ist — Clara Zetkin hat es euch vorgelegt.

Unter der Lupe

Ist das nicht ein Skandal?

Das Kreiswirtschaftsamt Tauberbischofsheim hat 25 Bezugscheine für Elektroherde verteilt. Die „Fränkischen Nachrichten“ veröffentlichten die Liste der Bezugscheinempfänger. Diese sieht so aus:

1. Verantwortliche Beamte und Funktionäre im Landkreis (darunter der Landrat selbst, der Bürgermeister von Tauberbischofsheim, ein Landwirtschaftsrat, ein Stadtrat, ein Justizrat, ein Amtsgerichtsrat, ein Polizeimeister, ein Polizeihauptkommissar) 8 Herde
2. Untere Angestellte in der Landkreiselbstverwaltung 3 Herde
3. Frühere Angestellte bei derselben Behörde 2 Herde
4. Geschäftsleute (darunter 1 Friseur, 2 Gastwirte 1 Händler) 4 Herde
5. Andere Sterbliche (1 Professor, 1 Pfarrer, 1 Redakteur, 1 Sekretärin und 4 Personen, deren Beruf nicht genannt ist) 8 Herde

Vielleicht handelt es sich bei diesen letzten vier Personen um Neubürger, Bauern oder Arbeiter?

Der Leiter dieses famosen Kreiswirtschaftsamtes erhielt seinen Elektroherd vom Landeswirtschaftsamt.

Dieses Kreiswirtschaftsamt ist natürlich eine Domäne der CDU.

Die „Spezels“ sind also mit Elektroherden versorgt.

Jetzt ist die Bewirtschaftung der Herde ganz aufgehoben. Jetzt können sich die Reichen, sofern das noch nicht geschehen ist, eindecken. Für die armen Neubürger, die es am Notwendigsten haben, aber auch für Arbeiter, Kleinbauern usw. war unter der Herrschaft der CDU bis dahin nichts zu haben und wird unter dem neuen Kurs wieder nichts zu haben sein. -gr-

Gewaltsam auf die Straße gesetzt

In Neckarmühlbach, Kreis Mosbach, hat der dortige Bürgermeister Mölle eine Frau-St. dieser Tage einfach in aller Frühe aus ihrer Wohnung in einer ehemaligen OT-Baracke, die sie und ihr verstorbener Ehemann selbst ausgebaut hatte, mit polizeilicher Hilfe auf die Straße gesetzt, ohne daß eine Ersatzwohnung zur Verfügung stand. Die Räumung wurde mit nazistischen Methoden durchgeführt. Die nierenleidende Frau konnte sich nicht einmal fertig zurecht machen, der Polizist schrie sie einfach an, „Maul halten“ und gab das Kommando an die Transportarbeiter: „Kommt rein, die Sachen angefaßt und raus damit“. Der Entscheid auf die eingereichte Beschwerde beim Kreiswohnungsausschuß in Mosbach wurde nicht abgewartet. Der Bürgermeister Mölle hat angeblich auf mündliche Anweisung von Herrn Enge (Kreiswohnungsausschuß) die arme Frau sofort polizeilich eximittiert.

Die Frau hat alle ordentlichen Behörden in Anspruch genommen, aber ohne Erfolg. Landrat Dörzbacher erklärte: „Was wollen Sie wieder bei mir, gehen Sie doch nach Karlsruhe zurück“. Frau St. ist dort evakuiert und total ausgebombt.

Der Diktator von Leutershausen

Wir waren schon mehrfach gezwungen, uns mit dem Bürgermeister Kunkel in Leutershausen zu beschäftigen. Bei der letzten Wahl wurde er auf Grund einer raffinierten Propaganda mit geringer Mehrheit wiedergewählt. Heute ist sein, allen demokratischen Grundsätzen hohnsprechendes Verhalten selbst seinen eigenen Parteimitgliedern der CDU euzien. Der gesamte Gemeinderat, einschließlich der Vertreter der CDU, hat sich beschwerdeführend an den Präsidenten der Verwaltung des Innern in Karlsruhe gewendet und sich über den Bürgermeister Kunkel beschwert. Die Gemeinderäte wollen an keiner Sitzung mehr teilnehmen, also förmlich streiken. Anlaß zu diesem Schritt der Gemeinderäte war, daß der Bürgermeister sich glattweg über einen Beschluß des Gemeinderates und der Wohnungskommission in einer Wohnungsangelegenheit hinweggesetzt und selbstherrlich gehandelt hat.

Wir sind gespannt, welche Entscheidung die Verwaltung des Innern gegenüber den Vorgängen in Leutershausen treffen wird.

Die kleinen und die großen Schieber

Frau aus dem Volk erhält Gefängnis — die Großen läßt man laufen
Die Behörden schweigen

Gottes Mühlen mahlen langsam. Die Mühle des CDU-Landtagsabgeordneten und Bürgermeisters von Oestringen im Kreise Bruchsal, Heinzmann, dessen Partei ja behauptet, in einem ganz besonderen Vertrauensverhältnis zum lieben Gott zu stehen, mahlt bedeutend schneller, wesentlich schneller arbeitet sie jedenfalls, als das Landratsamt Bruchsal, das sich mit einer Reihe von Vorgängen zu befassen hat, zu denen wir andeutungsweise bereits in unserer Nr. 8 unter der Überschrift „75 t Mehl verschwinden“ Stellung nahmen. Es ist äußerst ungesund, wenn Behörden über Vorgänge, die zur Beunruhigung der Öffentlichkeit Anlaß geben, beharrlich schweigen, nichts zu deren restloser Aufklärung beitragen, und so allen möglichen Gerüchten Vorschub leisten. Nur das Bestreben, hier Klarheit zu schaffen, leitet uns, wenn wir nochmals auf die Angelegenheit zurückkommen.

Im Februar d. J. erstattete der Mühlenbesitzer und damalige Obermeister der Müllerinnung, der Bürgermeister der Gemeinde Oestringen und Landtagsabgeordnete der CDU, Heinzmann, ein „bewährter Mann und unermüdlicher Vertreter der Handwerker und Bauern“, wie er auf einem Wahlflugblatt seiner Partei gekennzeichnet wird, auf die behördliche Schließung seiner Mühle hin Anzeige gegen seinen Mahlknecht Deschner, der 75 t Mehl, das sind 5 volle Waggons, verschoben haben soll. Müller und Mahlknecht waren damals einige Tage in Haft. Auf persönliche Vorsprache des Landrats Weiß wurde Heinzmann nach 3 Tagen aus dem Untersuchungsgefängnis in Karlsruhe wieder entlassen. Die Kriminalpolizei fand in der Mühle ein Buch mit Eintragungen über den Schwarztausch von über 3000 Ztr. Weisfmehl bzw. Weizen im Zeitraum von Oktober 1947 bis Februar 1948, von dem Heinzmann erklärte, nichts zu wissen, obwohl ein Teil der Eintragungen von seiner Hand geschrieben sein soll. Leider hat weder das Landratsamt noch der Getreidewirtschaftsverband noch irgendeine sonstige Stelle die Öffentlichkeit über diese Vorgänge informiert. Die Bevölkerung fragt sich mit Recht, warum hier nichts geschieht, zumal im Zusammenhang mit derselben Persönlichkeit noch weitere dunkle Vorfälle notiert werden mußten. So wurde einige Zeit vorher ein Auto des Heinzmann abgefaßt, das im Begriff war,

2000 Ztr. Mehl auf nicht ordnungsgemäße Weise nach Baden-Baden zu bringen. Auch hier geschah weiter nichts, als die Erteilung eines strengen Verweises für Heinzmann, der inzwischen als Obermeister der Müllerinnung zurücktrat, — oder, wie wir annehmen, „zurückgetreten wurde“. Nochmals stellen wir ausdrücklich fest, daß uns nur das Interesse nach Sauberkeit und Wahrheit leitet, — und zweifellos geht damit konform auch das persönliche Interesse des Bürgermeisters und Müllers Heinzmann, um die Wahrung seines Rufes in der Öffentlichkeit —, wenn wir fordern, daß die Behörden endlich ihr Schweigen brechen und Farbe bekennen.

Die Bevölkerung selbst nimmt mit Recht kein Blatt vor den Mund und ihr Gerechtigkeitsempfinden fordert, daß das Gesetz dort zugreift, wo etwas faul zu sein scheint. So erhielten wir vor einigen Wochen aus Oestringen den erschütternden Brief einer Frau aus dem Volk, einer Mutter von 4 Kindern und Frau eines kranken Mannes, welche 3 Wochen Gefängnis und eine Geldstrafe erhielt, weil man bei ihr rund 100 kg Frucht beschlagnahmte. Sie schreibt:

„Also ich, eine Mutter von 4 Kindern, das jüngste 6 Monate alt, das älteste 12 Jahre, soll 3 Wochen in das Gefängnis, weil ich etwas getan, was Tausende auch tun, sogar beruflich schieben, während ich meine 6 hungerigen Mäuler stopfen wollte. Ist so etwas recht? Sie sollen uns doch satt machen, wie wir es mal waren, und ich brauche nicht in das Gefängnis, um satt zu werden, während Schieber, wie unser Müller Heinzmann und Bürgermeister 2000 Ztr. verschoben kann, ohne daß etwas geschieht. Wenn ich 1 Zentner für meine hungernde Familie verbräuche über meine normale Zuteilung hinaus, und muß drei Wochen ins Gefängnis, so gehört doch ein Fruchtschieber, welcher nur um des Gewinnes wegen veruntreut, doch 4500 Wochen auf Nummer sicher. Doch es ist halt so, daß man die Kleinen verrecken und die Großen laufen läßt.“

So weit die Briefschreiberin, mit deren Berechnung über das Verhältnis von verschobener Lebensmittelmenge zu entsprechender Strafe wir durchaus einig gehen. Bezeichnend für die Zustände im Herrschaftsgebiet des CDU-Bürgermeisters Heinzmann ist, daß die Schreiberin zunächst voll Ver-

trauen ihren Namen unter das Schreiben setzte, ihn aber dann wieder unleserlich machte und die Zeilen darunter setzte: „Ich traue mich doch nicht, meinen Namen zu schreiben, sonst werde ich vom Rathaus gedrückt. Aber wahr ist doch alles, fragen Sie nur mal hier herum.“

Ob alles wahr ist, können nicht wir, sondern das muß die Behörde, der Landrat und der Staatsanwalt entscheiden. Aber herumgefragt haben wir, und dabei noch eine Reihe interessanter Einzelheiten ausfindig gemacht. So erfuhren wir, daß Heinzmann bereits vor 1933 Bürgermeister von Oestringen und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse war. 1933 entdeckte man in der Sparkasse einen Fehlbetrag von 40 000 Mk., den Heinzmann ohne Befragen des Verwaltungsrates der Kasse entnommen hatte. Die 8 Monate Gefängnis, die er hierfür erhielt, verbüßte er nicht ganz, er wurde auf Verwendung der Kirche aus der Haft entlassen. Den Fehlbetrag jedoch mußte er ratenweise zurückzahlen. Kein Wunder, daß er sich jetzt als politisch Verfolgter des Naziregimes hinzustellen bemüht. Jedoch steht fest, daß er diese 40 000 Mark nicht entnahm, um etwa die Naziregierung zu schwächen und zu schädigen, sondern um damit den Bau einer von ihm errichteten Ziegelei zu finanzieren. Wenn man seine weiteren florierenden Geschäfte während des tausendjährigen Reiches in Augenschein nimmt, — so baute er z. B. in seiner Mühle neue Mahlstühle und eine neue Turbinenanlage mit einem Kostenaufwand von gut 100 000 Mark ein — ist man vielmehr geneigt, ihn als einen Nutznießer des 3. Reiches zu betrachten.

Selbstverständlich ist Bürgermeister Heinzmann auch sehr bemüht, in seiner Gemeinde seine Popularität zu vergrößern, und den Ruhm seiner Partei, der CDU, zu erhöhen. So ließ er in seiner Fürsorge für die Bevölkerung Oestringens mit einem Kostenaufwand von 20 000 M. aus Gemeindemitteln eine Badeanlage errichten. Aber leider kann sie nicht benutzt werden, denn das Wasser ist zu kalt, weil keine Vorwärmer vorhanden sind. Will jemand es dem Bürgermeister Heinzmann verdenken, wenn aus diesem seinem Werk nun der Müller Heinzmann den Nutzen zieht, indem das im Bade gestaute Wasser über seine Mühle geleitet wird?

Wenn man irgendwo von Diktatur eines Einzelnen sprechen kann, dann in Oestringen. Die Furcht, die in dem Schreiben der Oestringer Frauen zum Ausdruck kommt, ist auch bei vielen anderen Einwohnern Oestringens anzutreffen. Einwohnern, die sich gegen die Willkür Heinzmanns zur Wehr setzen, droht er oft, er habe einen langen Arm, der reiche bis Berlin. Die Aufhebung der CDU-Diktatur macht auch in Oestringen den Weg frei für eine fortschrittliche Entwicklung.

Ein sauberer Kohlenhändler

Dem Kohlenhändler Lipski in Rheinau ist es am Samstagmittag vor der Währungsreform auch endlich eingefallen, die für jeden Haushalt aufgerufenen zwei Zentner Briketts zu verkaufen. Dies geschah erst, nachdem durch den Lautsprecher der Stadtverwaltung für Zurückhaltung der Waren Strafe angedroht wurde. Bereits um 1/3 Uhr hat er zum großen Aerger der Bezieher den Verkauf wieder eingestellt. L. hatte die Kohlen schon wochenlang auf Lager. Die Kohlenzuteilung für gaslose Haushalte hatte er sogar zu Ueberpreisen verkauft. Wie wir hören, ist dieserhalb Anzeige erstattet.

Es ist zu hoffen, daß gegen solche Volksschädlinge energisch vorgegangen wird.

„Fränkische Nachrichten“ auf Kriegspfaden

Verlagsleiter auf Abwegen

Unsere kürzliche Mitteilung, daß im Zusammenhang mit der Butterschiebungsaffäre in Tauberbischofsheim auch der „Hauptschriftleiter“ der „Fränkischen Nachrichten“, Adolf Henning, verhaftet wurde, hat uns einen wütenden Angriff dieser Zeitung eingetragen. Unter der Überschrift „Mitteilungsblatt der KPD auf Abwegen“ und unter Verwendung von Kraftausdrücken wie „Journalle“, „Revolverblättern“ u. a. werden wir der schmutzigen Lüge, wie sie unter anständigen Journalisten nicht üblich sei, bezichtigt.

Unser Irrtum bestand lediglich darin, daß Adolf Henning nicht Hauptschriftleiter sondern Verlagsleiter der Fränkischen Nachrichten ist.

Dieser Adolf Henning wurde, wie wir durchaus zutreffend berichtet haben, im Zusammenhang mit der Butterschiebung verhaftet. Jetzt erhielt er vom Militärgericht 60 Tage Gefängnis, weil er sich von dem Mitangeklagten Bauer Fleisch und Butter geben ließ. Diese nahrhaften Sachen wurden von Bauer mit rückgelieferten Buttermarken besorgt, die derselbe beim Wirtschaftsamt entwendet hatte. Das Gericht konnte nicht nachweisen, daß Henning Kenntnis von dem strafbaren Erwerb der Butter hatte. Die Wirtschaftlerin von Henning hatte angeblich ohne dessen Wissen, ebenfalls Butter und Fleisch von Bauer ohne Bezahlung erhalten.

So weit der Zusammenhang zwischen Henning und der Butterschiebung. Den „Fränkischen Nachrichten“ hat es nicht gefallen, daß wir Henning

in Zusammenhang brachten mit den antikommunistischen und kriegstreiberischen Tendenzen, die in dieser Zeitung zum Ausdruck kommen. Es wird sicherlich nicht bestritten werden können, daß Henning, wenn er auch nicht selbst die Zeitung redigiert, als Verlagsleiter doch mit deren Inhalt einverstanden ist. Das Gericht hat bezeichnenderweise bei der Urteilsbemessung die Verdienste des Angeklagten um die Schaffung einer „freien“ Presse „gewürdigt“. Die „Fränkischen Nachrichten“ singen ihr eigenes Loblied, in welchem sie behaupten, durchaus objektiv und loyal gegenüber der Kommunistischen Partei zu sein und sie rühmen sich ihres sauberen Verhältnisses gegenüber Männern, die weltanschaulich eine andere Richtung vertreten. Wie es damit in Wirklichkeit steht, dafür nur zwei Beispiele aus der letzten Zeit.

Am 22. Juni feiert diese Zeitung die „Freiheit“ in den Westzonen, indem sie die alten Lügen von Konzentrationslagern und Verschickungen nach Sibirien in der Ostzone wieder aufwärmt, und am 24. Juni wird in einem Artikel „Einheit à la Pieck“ das Volksbegehren für die Einheit Deutschlands als ein dummdreister Versuch bezeichnet. Unser Ziel und unsere Aufgabe sei, den Brüdern im Osten die ersehnte „Freiheit“ zu bringen.

Nach diesen zwei kleinen Beispielen der Objektivität der „Fränkischen Nachrichten“ überlassen wir dem Leser selbst zu beurteilen, wen der Vorwurf schmutziger Lügen im Zusammenhang mit dem Fall Henning in Wirklichkeit trifft. -hg-

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 16. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 22 000.